

Kiez in Aufruhr: Uni in Berlin-Dahlem gegen Containerdorf

Widerstand gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Bröckelt die woke Fassade? Diskussionen um geplantes Containerdorf. #Berlin #Flüchtlinge #Proteste

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem soll laut Senatsplänen in ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge umgewandelt werden. Dies stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität, die das Gelände eigentlich für Lehr- und Forschungszwecke nutzen möchte. Die Universitätsleitung fühlte sich übergangen und beklagte, nicht rechtzeitig über die Senatspläne informiert worden zu sein. Trotz ihrer Bereitschaft, geflüchtete Menschen zu unterstützen, wies die Universität darauf hin, dass das Grundstück nach 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Die FU schlug vor, dass einige hundert Meter weiter geeignete Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben leer stehen und für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnten. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, betonte die Dringlichkeit, Flüchtlinge auf brachliegenden Flächen unterzubringen, aber auch die Notwendigkeit, die Interessen der Universität zu respektieren.

Im Rahmen der allgemeinen Flüchtlingsunterbringung beschloss der Senat Ende März die Einrichtung von 16 weiteren Containerdörfern in verschiedenen Bezirken Berlins, um dem Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Trotz dieser Maßnahmen gibt es immer noch zu wenige Wohnungen

für Flüchtlinge, was den Bedarf an weiteren Unterkünften verdeutlicht. Einige Standorte für Containerdörfer sind in vornehmen Stadtteilen geplant, was häufig auf Widerstand stößt.

Im Netz wird vor allem die Haltung der Freien Universität kritisiert, die normalerweise als weltoffen angesehen wird. Einige User werfen der Universität vor, für bestimmte Ereignisse wie antisemitische Aufmärsche Platz zu bieten, aber sich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem eigenen Gelände zu sträuben. Dies führt zu Diskussionen über die Glaubwürdigkeit und Offenheit der Universität in der Flüchtlingsfrage.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de